



Selbstständiger Antrag der Abgeordneten Bernie Weber und Christine Bösch-Vetter (Grüne)

Beilage 165/2025

An das Präsidium des Vorarlberger Landtags
Römerstr. 15
6900 Bregenz

Sanieren statt demolieren – Südtiroler Siedlungen erhalten, Baubestand weiterentwickeln

Selbstständiger Antrag gem. §12 GO

Bregenz, am 27.11.2025

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Diskussion um die Zukunft der Südtiroler Siedlungen in Vorarlberg macht deutlich, dass Handlungsbedarf hinsichtlich klarer Regeln für den Umgang mit unserem Baubestand besteht. Derzeit werden in Vorarlberg ältere Wohngebäude häufig abgerissen, auch wenn diese saniert und damit erhalten werden könnten. Das ist aus mehreren Gründen fatal.

Bestehende Altbauten zu erhalten, zu sanieren oder weiterzuentwickeln ist aus ökologischer Sicht immer die bessere Wahl, da sie die graue Energie des Gebäudes nutzt, den Verbrauch neuer Ressourcen reduziert und Flächenversiegelung vermeidet. Auch ökonomisch kann sich die Sanierung lohnen, da sie kostengünstiger sein kann und den Wert der Immobilie langfristig steigert. Umbau, Sanierung und Weiterentwicklung leisten so einen wichtigen Beitrag zum leistbaren Wohnen und erhalten ein Stück Stadtgeschichte sowie Identität.

Es ist daher Zeit für eine Bauwende in Richtung „Sanieren statt demolieren“. Dafür braucht es neue Rahmenbedingungen für die Sanierung, den Umbau und den Weiterbau. Förderstrukturen und rechtliche Grundlagen müssen angepasst werden, damit Sanierung und Erhalt gegenüber dem Neubau nicht benachteiligt bleibt.

Bestehende Gebäude sind ein Wert, kein Ballast. Vor jeder Abriss-Entscheidung muss künftig neben einer ökonomischen auch eine ökologische Bewertung erfolgen. Die Südtiroler Siedlungen in Vorarlberg sollen in diesem Sinne unser Best Practice Beispiel für die Zukunft der Bestandsentwicklung werden.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß §12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert

1. den Bestand der Südtiroler Siedlungen in einem breiten Beteiligungsprozess mit Expert:innen neu zu bewerten. Dabei sind Ressourcenverbrauch und „graue Energie“ der bestehenden Bausubstanz verbindlich in alle Berechnungen und Projektanalysen einzubeziehen. Ziel ist es, einen möglichst großen Teil der Gebäude zu erhalten und weiterzuentwickeln, um damit Impulse für die dringend notwendige Bauwende sowie die Transformation des Bestands zu setzen.
2. regulatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Weiterentwicklung des Baubestandes gegenüber dem Neubau gleichstellt.
3. auf Bundes- sowie EU-Ebene entsprechende Initiativen zu setzen und zu unterstützen, um die Bauwende im Sinne von „stop destruction and make renovation the new norm“¹ voranzutreiben.“

LAbg. Bernie Weber

LAbg. Christine Bösch-Vetter

¹ www.houseeurope.eu

Der XXXII. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2026, am 4. Februar, den Selbstständigen Antrag, Beilage 165/2025, mit punkteweise unterschiedlichem Stimmverhalten – wie folgt – mehrheitlich abgelehnt:

- im Punkt 1. mit den Stimmen der VP-, FPÖ-, SPÖ- und NEOS-Fraktion (dafür: Die Grünen) und
- in den Punkten 2. und 3. mit den Stimmen der VP- und FPÖ-Fraktion (dafür: Die Grünen, SPÖ und NEOS).